mittlungshandlungen durchgeführt und die unter diesen Bedingungen erkennbaren Tatsachen aufgeklärt und somit die bis dahin verfügbaren Beweise gesichert wurden.

Das ist besonders im Hinblick auf die Voraussetzung der vorläufigen Einstellung bedeutsam, weil in jedem Fall feststehen muß, daß eine Straftat vorliegt; zumindest darf der bei Einleitung des Ermittlungsverfahrens bestehende Straftatverdacht durch keine während der Untersuchung festgestellte Tatsache entkräftet oder gar beseitigt worden sein. Wäre dies der Fall, dann müßte das Verfahren nach § 141 Abs. 1 Ziff. 1 StPO eingestellt werden. Das bedeutet: Trotz aller Schwierigkeiten, die daraus resultieren, daß der Täter augenblicklich nicht zur Verfügung steht, muß gefordert werden, in jedem dieser Fälle möglichst die Tatsachen nachzuweisen, in denen die Erfüllung der objektiven Merkmale der in Erwägung gezogenen Strafrechtsnorm zu erblicken ist. Aus den festgestellten Daten muß sich beweisen oder schlußfolgern lassen, daß ein Mensch durch sein im Strafrecht beschriebenes äußeres Verhalten ein strafrechtlich geschütztes Objekt angegriffen hat. Hinsichtlich der subjektiven Voraussetzungen strafrechtlicher Verantwortlichkeit und hinsichtlich der Schuld des unbekanntem Täters dürfen die vorhandenen Daten nicht der Schlußfolgerung widersprechen, daß eine strafrechtlich verantwortliche Person schuldhaft die nach ihren objektiven Merkmalen festgestellte Straftat beging. Sonst wäre eine vorläufige Einstellung nicht möglich. Deshalb gilt es generell — vor allem aber wenn der Täter unbekannt ist — alle im jeweiligen Stadium der Untersuchung möglichen Beweise zu sichern, um zumindest die objektiven Merkmale des Straftatbestands begründen zu können.³⁹ Aus dem objektiven Geschehen sind aber in der Regel auch Schlußfolgerungen möglich, die die subjektiven Merkmale der Straftat erklären können und z. B. Rückschlüsse auf das Motiv der Handlung zulassen.

Oftmals sind jedoch die Zweifel über das Vorliegen einer Straftat durch die Untersuchung nicht ohne weiteres zu beseitigen. Es können ebensoviele Tatsachen sowohl für als auch gegen das Vorliegen einer Straftat sprechen. Das ist vor allem der Fall, wenn sich die Ursachen eines Ereignisses nicht eindeutig klären oder rekonstruieren lassen.

Durch einen Brand wurde z. B. eine Mühle völlig vernichtet. Die Branduntersuchungskommission, verstärkt durch technische Sachverständige, hatte hier die Brandursache zu untersuchen. In Frage kamen physikalische Ursachen wie Elektrizität, statische Aufladung und Reibungswärme von einem Lager und einer Welle oder fahrlässige Brandstiftung durch Umgang mit offenem Licht bzw. durch Rauchen. In Betracht kam aber auch eine vorsätzliche Brandstiftung durch eine Zeit- oder Direktzündung. Nach relativ